

Regierungsratsbeschluss

vom 20. April 2010

Nr. 2010/706

Vernehmlassung zu Massnahmen zur Verringerung der Mikroverunreinigungen in den Gewässern zum Schutze des Ökosystems und des Trinkwassers; Änderung der Gewässerschutzverordnung (GSchV; SR 814.201)

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 25. November 2009 gelangt das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an die Kantonsregierung und ersucht sie um Stellungnahme zur Änderung der Gewässerschutzverordnung. Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Amt für Wald, Jagd und Fischerei, das Gesundheitsamt (Lebensmittelkontrolle) und das Amt für Umwelt zur geänderten Verordnung geäussert. Dabei ergaben sich keine divergierenden Meinungen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zu Massnahmen zur Verringerung der Mikroverunreinigungen in den Gewässern zum Schutze des Ökosystems und des Trinkwassers; Änderung der Gewässerschutzverordnung (GSchV; SR 814.201) beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt vom 20. April 2010

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Umwelt (cxs, Wü, mh) (3)
Amt für Wald, Jagd und Fischerei
Gesundheitsamt (Lebensmittelkontrolle)
Ratsleitung (8)

